

Windpark: Bad Orb schaltet Anwalt ein

Anlagen auf dem Aufenauer Berg verhindern

Bad Orb (in). Um sich adäquat gegen den von der Firma Abo-Wind geplanten Windpark auf dem Aufenauer Berg zur Wehr zu setzen, beschloss das Bad Orber Stadtparlament gestern Abend einstimmig, einen Anwalt zu beauftragen, der die Stadt in der Angelegenheit vertritt. Damit folgte die Stadtverordnetenversammlung einem gemeinsamen Antrag von CDU, SPD und FWG.

Der Anwalt soll sich - gemäß der Vorgaben im Antragstext - um die Überprüfung von Antragsunterlagen kümmern, um dort Formfehler ausfindig zu machen. Aufgrund der Erfahrungen bei bisherigen Verfahren liege in diesem Bereich eine hohe Erfolgsaussicht vor. Außerdem wird der Rechtsbeistand damit beauftragt, die Rechte der Nachbargemeinden geltend zu machen - mit besonderem Blick auf das Leitbild Bad Orbs und die wirtschaftliche Benachteiligung der Kurstadt, die in hohem Maße vom Fremdenverkehr abhängig ist. Zudem sei ein „Argumenten-Arsenal“ zu erstellen, das die Chancen der Stadt bei einer eventuellen Klage erhöht.

Gerd Wieczorkowski (FWG) unterstrich in seinen Ausführungen, dass Bad Orb in seiner Eigenschaft als „bedeutender

Gesundheitsstandort“ keine derart „markante technische Bebauung“ hinnehmen könne. Angesichts der gesundheitlichen Bedenken und dem Zweifel an der Notwendigkeit von Windkraftanlagen „gibt es keinen Grund, sich das Landschaftsbild versauen zu lassen“, sagte Wieczorkowski und fügte hinzu: „Bad Orb muss seine wirtschaftlichen Interessen wahren.“ Der FWG-Sprecher warf der Stadtregierung in diesem Zusammenhang vor, die Chance, gemeinsam mit Wächtersbach Alternativen zu dem Standort Aufenauer Berg zu finden, aus „unerfindlichen Gründen vertan“ zu haben.

Bürgermeisterin Helga Uhl mochte diesen Vorwurf nicht hinnehmen. Die Stadt habe versucht, Alternativen zu erreichen, aber: „Die Chance, Alternativflächen auf der eigenen Gemarkung anzubieten, ist keine Chance.“ So sieht die Bürgermeisterin größere Erfolgsaussichten darin, einen Anwalt einzuschalten. Die rund 8500 Euro, die das koste, seien gut investiertes Geld.

Gestützt wird der Vorstoß der Stadt von Visualisierungen, die die Stadt in Auftrag gegeben hat. Sie sollen die bedrückende Wirkung des Windparks an der Ortsgrenze dokumentieren (Bericht folgt).